

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
 Erstes Kapitel: Einleitung	 1
A. Thematische Hinführung	1
B. Gegenstand, Methodik und Eingrenzung der Untersuchung	8
C. Gang der Untersuchung	12
 Zweites Kapitel: Der Weg zum Europäischen Nachlasszeugnis im Lichte mitgliedstaatlicher Erbnachweise	 14
A. Vielfältigkeit der Erbnachweise in der Europäischen Union	14
B. Erbnachweisbezogene Probleme in der internationalen Nachlassabwicklung vor Inkrafttreten der EuErbVO	27
C. Zwischenfazit: Regelungsbedürfnis für das Europäische Nachlasszeugnis	32
D. Das Verhältnis des Europäischen Nachlasszeugnisses zu den mitgliedstaatlichen Erbnachweisen	33
E. Fazit	40
 Drittes Kapitel: Die Wirkungskonzeption der Erbnachweise	 42
A. Dogmatik der Wirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses.	43
B. Rechtswirkungen der Erbnachweise im Einzelnen	59
C. Das Zusammenspiel der Erbnachweise im wirkungsrechtlichen Kontext	215
D. Wirkungsentziehung und Wirkungsaussetzung	269
E. Fazit	327

Viertes Kapitel: Ausgewählte Rechtsprobleme der Erbnachweisverfahren	330
A. Internationale Zuständigkeit der Ausstellungsbehörden für die Ausstellung der Erbnachweise	330
B. Einleitung der Erbnachweisverfahren	331
C. Arten und Inhalt der Erbnachweise	355
D. Das Verhältnis der Erbnachweisverfahren zum streitigen Verfahren um das Erbrecht	372
E. Fazit	391
 Fünftes Kapitel: Die Durchsetzung des Europäischen Nachlasszeugnisses und mitgliedstaatlicher Erbnachweise im Lichte der EuErbVO sowie in Erbfällen mit Bezug zu Drittstaaten	 394
A. Durchsetzungsmacht des Europäischen Nachlasszeugnisses	395
B. Freizügigkeit mitgliedstaatlicher Erbnachweise unter der EuErbVO	399
C. Das Europäische Nachlasszeugnis in Erbfällen mit Bezug zu Drittstaaten	421
D. Fazit	449
 Sechstes Kapitel: Das Europäische Nachlasszeugnis im europäischen und internationalen Gefüge	 451
A. Tendenzen zur Einführung unionaler Rechtsinstrumente im europäischen grenzüberschreitenden Rechtsverkehr – Das Europäische Nachlasszeugnis im System des europäischen Zivilprozessrechts.	452
B. Das Europäische Nachlasszeugnis im kollisionsrechtlichen Kontext	461
C. Das Europäische Nachlasszeugnis und das europäische und deutsche Güterrecht.	490
D. Vorbildfunktion des Europäischen Nachlasszeugnisses? – Überlegungen zur Einführung einer Europäischen Personenstandsurkunde	506
E. Das Europäische Nachlasszeugnis im Verhältnis zum supranationalen Erbnachweis des Haager Übereinkommens vom 2. Oktober 1973 über die internationale Verwaltung von Nachlässen	522
F. Fazit	532

Siebttes Kapitel: Schlussbetrachtung	535
A. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	535
B. Ausblick	561
Literaturverzeichnis	565
Sachregister	581

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII

Erstes Kapitel: Einleitung 1

<i>A. Thematische Hinführung</i>	<i>1</i>
I. Einführung	1
II. Erforderlichkeit eines Nachweises des Erbrechts und sonstiger Berechtigungen	3
III. Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses in der Europäischen Union	5
IV. Relevanz des Europäischen Nachlasszeugnisses in Deutschland . .	7
<i>B. Gegenstand, Methodik und Eingrenzung der Untersuchung</i>	<i>8</i>
I. Untersuchungsgegenstand	8
II. Rechtsvergleichende Methodik.	9
III. Eingrenzung der Untersuchung	9
<i>C. Gang der Untersuchung.</i>	<i>12</i>

Zweites Kapitel: Der Weg zum Europäischen Nachlasszeugnis im Lichte mitgliedstaatlicher Erbnachweise 14

<i>A. Vielfältigkeit der Erbnachweise in der Europäischen Union</i>	<i>14</i>
I. Der Wirkungsgehalt des Europäischen Nachlasszeugnisses als Anker für die Betrachtung mitgliedstaatlicher Erbnachweise . .	15
II. Diversität der Gestalt mitgliedstaatlicher Erbnachweise	17
1. Ausstellung des Erbnachweises nach gerichtlichem Verfahren . .	18
a) Griechenland – <i>κληρονομία</i>	18
b) Portugal – <i>abertura da sucessão</i>	18
2. Ausstellung des Erbnachweises nach notariellem Verfahren . . .	19
a) Frankreich – <i>acte de notoriété</i>	19

b) Italien – <i>atto di notorietà</i>	20
c) Niederlande – <i>verklaring van erfrecht</i>	21
d) Portugal – <i>habilitação notarial</i>	21
e) Spanien – <i>acta de notoriedad</i>	22
3. Fehlende förmliche Erbnachweise in den skandinavischen Mitgliedstaaten	22
a) Schweden – <i>bouppteckning</i>	23
b) Finnland – <i>perukirja</i>	23
III. Das Europäische Nachlasszeugnis im System der mitglied- staatlichen Erbnachweise.	24
IV. Ergebnis	26
<i>B. Erbnachweisbezogene Probleme in der internationalen Nachlassabwicklung vor Inkrafttreten der EuErbVO</i>	
I. Die Bedeutung mitgliedstaatlicher Erbnachweise im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr	27
1. Rechtliche Anerkennung ausländischer Erbnachweise	27
2. Substitution des inländischen Erbnachweises durch einen ausländischen Erbnachweis	29
3. Faktische Anerkennung ausländischer Erbnachweise.	30
II. Praktische Schwierigkeiten bei der Verwendung mitgliedstaatlicher Erbnachweise im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr.	32
<i>C. Zwischenfazit: Regelungsbedürfnis für das Europäische Nachlasszeugnis</i>	
32	
<i>D. Das Verhältnis des Europäischen Nachlasszeugnisses zu den mitgliedstaatlichen Erbnachweisen</i>	
33	
I. Rechtspolitische Vorüberlegungen	33
II. Prinzip der Koexistenz	35
III. Alternative Modelle	37
1. Superiorität des Europäischen Nachlasszeugnisses	37
2. „Rucksacktheorie“.	38
3. Ergebnis	40
E. Fazit	40
 Drittes Kapitel: Die Wirkungskonzeption der Erbnachweise	42
<i>A. Dogmatik der Wirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses.</i>	
I. Allgemeines	43
II. Interdependenz zwischen den Wirkungen und dem Verfahrensrecht	46

III. Kollisionsrechtliche Festigkeit der Wirkungen.	48
IV. Sekundärrechtliche Tatbestandswirkung.	52
V. Deklarative Wirkung.	53
VI. <i>Numerus clausus</i> der Wirkungen.	54
VII. Inlandswirkung.	55
VIII. Rechtsnatur des Europäischen Nachlasszeugnisses und Beweiswirkung als gesonderte verfahrensrechtliche Wirkung. . . .	58
<i>B. Rechtswirkungen der Erbnachweise im Einzelnen</i>	59
I. Vermutungswirkung	59
1. Deutschland	60
a) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen.	60
b) Inhalt der Vermutung.	61
c) Umfang der Vermutung	62
d) Widerleglichkeit der Vermutung	63
e) Die Vermutungswirkung im Zivilprozess	63
aa) Streit mit Dritten	64
bb) Streit zwischen Erbprätendenten.	64
(1) Problematik und Meinungsstand.	64
(2) Stellungnahme	65
2. Österreich	67
a) Vorbemerkungen: Besonderheiten des österreichischen Erbschaftserwerbs	67
b) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen.	68
c) Inhalt der Vermutung.	70
d) Umfang der Vermutung	70
e) Widerleglichkeit der Vermutung	71
f) Die Vermutungswirkung im Zivilprozess	71
3. Europäische Union	72
a) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen.	72
b) Inhalt der Vermutung.	74
aa) Richtigkeits- und Vollständigkeitsvermutung	74
bb) Der Regelungsgehalt der Richtigkeitsvermutung nach Art. 69 Abs. 2 S. 1 EuErbVO	76
(1) Grammatikalische Auslegung	76
(2) Systematische Auslegung	77
(3) Historische und genetische Auslegung.	78
(4) Teleologische Auslegung.	78
(5) Ergebnis	79
cc) Bedeutung der „spezifischen Sachverhalte“	79

dd) Keine Vollständigkeitsvermutung in Art. 69 Abs. 2 S. 1 EuErbVO	80
c) Umfang der Vermutung	81
d) Widerleglichkeit der Vermutung	83
e) Die Vermutungswirkung im Zivilprozess	84
aa) Streit mit Dritten	84
bb) Streit zwischen Erbprätendenten.	84
4. Rechtsvergleichende Würdigung	85
II. Gutgläubenswirkung	88
1. Deutschland	88
a) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen.	88
b) Geschützte Rechtshandlungen	89
aa) Rechtsgeschäftlicher Erwerb.	89
(1) Einschluss von Verfügungsgeschäften, Ausschluss von Verpflichtungsgeschäften	90
(2) Verkehrsgeschäfte	90
bb) Gegenstand der geschützten Rechtsgeschäfte	91
(1) Erwerb von Erbschaftsgegenständen, § 2366 1. Var. BGB	91
(2) Erwerb eines Rechts an einem Erbschaftsgegenstand, § 2366 2. Var. BGB.	91
(3) Befreiung von einem zur Erbschaft gehörenden Recht, § 2366 3. Var. BGB.	92
(4) Leistungen an den Erbscheinserben, § 2367 1. Var. BGB.	92
(5) Sonstige Verfügungen über ein zur Erbschaft gehörendes Recht, § 2367 2. Var. BGB	92
cc) Verfügungen durch Erbe des Erbscheinserben.	93
c) Umfang der Gutgläubenswirkung	94
d) Subjektive Voraussetzungen	94
aa) Abstrakter Gutgläubensschutz	94
bb) Erforderlichkeit der Kenntnis vom Nachlasscharakter des Rechtsgeschäfts?	96
cc) Bösgläubigkeit	98
(1) Positive Kenntnis von der Unrichtigkeit des Erbscheins oder dem Rückgabeverlangen des Nachlassgerichts	98
(2) Praktische Relevanz einer Schutzschrift und sonstiger Handlungen zur Herbeiführung von Bösgläubigkeit beim Dritten	99

(3) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Redlichkeit	100
(4) Beweislast	101
e) Rechtsfolgen	101
f) Das Verhältnis des öffentlichen Glaubens des Erbscheins zu anderen Gutglaubenstatbeständen.	101
aa) Gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen.	102
(1) §§ 932 ff. BGB	103
(2) §§ 2366, 929 ff. BGB.	103
(3) §§ 2366, 932 ff. BGB.	103
bb) Öffentlicher Glaube des Grundbuchs	104
(1) § 892 BGB	104
(2) §§ 2366, 2367 BGB	104
(3) §§ 2366, 892 BGB	105
cc) Ergebnis	105
g) Ausgleichsansprüche des wahren Erben	105
aa) Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	106
bb) Deliktische Ansprüche gegen den Erbscheinserben	106
cc) Bereicherungsrechtliche Ansprüche gegen den Erbscheinserben und den Erwerber	106
(1) Ansprüche gegen den Erbscheinserben	106
(2) Ansprüche gegen den Erwerber	107
dd) Erbschaftsanspruch	107
ee) Amtshaftungsanspruch.	108
2. Österreich	108
a) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen.	108
b) Geschützte Rechtshandlungen	109
aa) Rechtsgeschäftlicher Erwerb.	109
bb) Gegenstand der geschützten Rechtsgeschäfte	110
c) Umfang der Gutglaubenswirkung	110
d) Subjektive Voraussetzungen	111
aa) Abstrakter Gutglaubensschutz.	111
bb) Erforderlichkeit der Kenntnis vom Nachlasscharakter des Rechtsgeschäfts?.	111
cc) Bösgläubigkeit	111
(1) Anforderungen an die Redlichkeit des Dritten.	112
(a) Milde Ansicht	112
(b) Strenge Ansicht.	112
(c) Stellungnahme	112
(2) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Redlichkeit.	113
e) Rechtsfolgen	114

f) Das Verhältnis des öffentlichen Glaubens des Einantwortungs- beschlusses zu anderen Gutglaubenstatbeständen	114
aa) Gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen nach § 367 ABGB	114
bb) Öffentlicher Glaube des Grundbuchs – Gutgläubiger Erwerb aufgrund des bürgerlichen Vertrauensgrundsatzes	115
g) Ausgleichsansprüche des wahren Erben	115
aa) Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	116
bb) Deliktische Ansprüche – Schadensersatzpflicht des unredlichen Erbschaftsbesitzers	116
cc) Bereicherungsrechtliche Ansprüche – Veräußerung und Verbrauch von Nachlassgegenständen	117
dd) Bereicherungsrechtliche Ansprüche gegen den Dritten bei unentgeltlicher Veräußerung?	118
3. Europäische Union	118
a) Europäischer erbrechtlicher Gutglaubensschutz als Novum im Unionsprivatrecht	119
b) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen.	121
c) Geschützte Rechtshandlungen	121
aa) Vorliegen eines Rechtsgeschäfts und Verkehrsgeschäfts	121
bb) Verfügungen über Nachlassvermögen	122
(1) Grammatikalische Auslegung	122
(a) Juristisches Begriffsverständnis	122
(b) Annäherung des Verfügungsbegriffs mittels Abgrenzung zum Verpflichtungsgeschäft	123
(c) Reichweite des Begriffs „Nachlassvermögen“.	124
(2) Systematische Auslegung	125
(3) Historische und genetische Auslegung.	126
(4) Teleologische Auslegung.	127
(5) Ergebnis	128
cc) Leistung von Zahlungen und Übergabe von Vermögenswerten	128
(1) Grammatikalische und teleologische Auslegung	128
(a) Annäherung des Begriffs „Leistung von Zahlungen“ mittels Betrachtung des allgemeinen Sprachgebrauchs	128
(b) Erfüllungssurrogate	129
(c) Einbeziehung sonstiger Leistungen?	130

(d) Annäherung des Begriffs „Übergabe von Vermögenswerten“ mittels Betrachtung der juristischen Konnotation	131
(e) Reichweite des Begriffs „Vermögenswert“	133
(f) Leistung durch Dritte und die Problematik der Legalzessionen	134
(2) Systematische Auslegung	134
(3) Historische und genetische Auslegung.	135
(4) Ergebnis	135
dd) Gutglaubensschutz für Verfügungen durch Rechtsnachfolger des Zeugniserben	135
d) Umfang der Gutglaubenswirkung	136
aa) Kreis der legitimierten Personen.	136
bb) Keine Verfügungsbeschränkungen oder sonstigen Beschränkungen	137
cc) Rechte und Befugnisse nach dem Erbstatut	137
e) Subjektive Voraussetzungen	138
aa) Abstrakter oder konkreter Gutglaubensschutz?	140
(1) Grammatikalische Auslegung	140
(2) Systematische Auslegung	142
(3) Historische und genetische Auslegung.	143
(4) Teleologische Auslegung.	144
(5) Ergebnis	145
bb) Erforderlichkeit der Kenntnis des Nachlasscharakters des Rechtsgeschäfts?.	146
cc) Bösgläubigkeit	146
(1) Inhaltliche Unrichtigkeit des Europäischen Nachlasszeugnisses	147
(2) Positive Kenntnis.	147
(3) Grob fahrlässige Unkenntnis.	148
(4) Praktische Relevanz einer Schutzschrift und sonstiger Handlungen zur Herbeiführung von Bösgläubigkeit beim Dritten	150
(5) Aufspaltung der Redlichkeit hinsichtlich verschiedener Umstände im Europäischen Nachlasszeugnis	151
(6) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Redlichkeit.	152
(a) Verordnungsautonome Lösung.	152
(b) Vollendung des Rechtserwerbs nach dem Geschäftsstatut	153

(c) Vorverlegung des maßgeblichen Zeitpunktes für die Redlichkeit?	154
(7) Beweislast	154
f) Rechtsfolgen	155
g) Das Verhältnis des öffentlichen Glaubens des Europäischen Nachlasszeugnisses zu Gutglaubenstatbeständen mitgliedstaatlicher Rechtsordnungen.	156
h) Ausgleichsansprüche des wahren Erben	158
aa) Qualifikation der Ausgleichsansprüche und Bestimmung des anwendbaren Rechts.	158
(1) Bestimmung des anwendbaren Rechts nach der Rom II-VO	159
(a) Statut der Geschäftsführung ohne Auftrag, Art. 11 Rom II-VO	159
(b) Deliktsstatut, Art. 4 Rom II-VO	160
(c) Bereicherungsstatut, Art. 10 Rom II-VO.	160
(2) Bestimmung des anwendbaren Rechts nach der EuErbVO.	161
bb) Tragweite des Begriffspaares „Rechte der Erben“ i.S.d. Art. 23 Abs. 2 lit. f EuErbVO	161
(1) Grammatikalische Auslegung	162
(2) Systematische Auslegung	162
(3) Historische und genetische Auslegung.	162
(4) Teleologische Auslegung.	162
(5) Ergebnis	163
cc) Einschränkung der Rechte des Erben bei unentgeltlichem Erwerb?	163
dd) Amtshaftungsanspruch wegen Pflichtverletzung der Ausstellungsbehörde im Europäischen Nachlasszeugnisverfahren.	165
ee) Zusammenfassung	166
4. Rechtsvergleichende Würdigung	166
III. Legitimationswirkung	171
1. Deutschland	171
a) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen.	171
b) Grundbuchamt	172
aa) Allgemeines	172
bb) Der Unrichtigkeitsnachweis nach § 35 GBO	172
cc) Prüfungspflicht des Grundbuchamts im Hinblick auf den Inhalt des Erbscheins?.	173

(1) Grundsätzliche Unzulässigkeit einer Prüfungspflicht	174
(2) Prüfungspflicht bei Kenntnis von den Erbscheininhalten schwerwiegend erschütternden Tatsachen	175
dd) Verwendung des Erbscheins bei Vor- und Nacherbschaft	177
c) Handelsregister	178
aa) Allgemeines	178
bb) Unrichtigkeitsnachweise nach § 12 Abs. 1 S. 4 HGB . . .	178
cc) Prüfungspflicht des Registergerichts im Hinblick auf den Inhalt des Erbscheins?.	180
dd) Verwendung des Erbscheins bei Vor- und Nacherbschaft	180
d) Banken	180
aa) Allgemeines	180
bb) Urteil des BGH vom 8.10.2013 – XI ZR 401/12	181
(1) Inhalt der streitgegenständlichen AGB-Klausel	181
(2) Entscheidung	182
(3) Stellungnahme	183
(4) Reaktion in der Bankpraxis	184
cc) Urteil des BGH vom 5.4.2016 – XI ZR 440/15	185
(1) Sachverhalt	185
(2) Entscheidung	185
(3) Stellungnahme	186
dd) Vorlagerecht kraft Parteivereinbarung	187
e) Zusammenfassung	187
2. Österreich	188
a) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen	189
b) Grundbuchgerichte	189
aa) Legitimation durch Einantwortungsbeschluss	189
bb) Prüfungspflicht des Grundbuchgerichts	191
c) Firmenbuch	191
d) Banken	192
e) Zusammenfassung	193
3. Europäische Union	194
a) Allgemeine Wirkungsvoraussetzungen	195
b) Inhalt und Umfang der Legitimationswirkung	195
c) Widerleglichkeit der Legitimationswirkung	196
d) Bedeutung der Unbeschadetheit im Hinblick auf die Bereichsausnahmen von Art. 1 Abs. 2 lit. k, I EuErbVO	196
e) Anpassung dinglicher Rechte, Art. 31 EuErbVO	198
f) Die Legitimationswirkung des Europäischen Nachlass- zeugnisses im deutschen Rechtsverkehr	199

aa) Grundbuchamt	199
(1) Prüfungspflicht des Grundbuchamts im Hinblick auf den Inhalt des Europäischen Nachlasszeugnisses?	200
(a) Grundsätzliche Unzulässigkeit einer Prüfungspflicht	200
(b) Eingeschränkte Prüfungspflicht	201
(2) Vorlagerecht des Grundbuchamts?	204
bb) Handelsregister	206
(1) Erbringung des Unrichtigkeitsnachweises nach § 12 Abs. 1 S. 4 HGB durch Vorlage eines Europäischen Nachlasszeugnisses	206
(2) Prüfungspflicht des Registergerichts im Hinblick auf den Inhalt des Europäischen Nachlasszeugnisses?	206
cc) Banken	207
(1) Grundsätzliche Unzulässigkeit eines Vorlagerechts im Privatrechtsverkehr	208
(2) Eingeschränktes Vorlagerecht	211
(3) Vorlagerecht kraft Parteivereinbarung	212
(4) Übertragbarkeit des Urteils des BGH vom 5.4.2016 – XI ZR 440/15 auf das Europäische Nachlasszeugnis	212
g) Zusammenfassung	213
4. Rechtsvergleichende Würdigung	213
<i>C. Das Zusammenspiel der Erbnachweise im wirkungsrechtlichen Kontext</i>	
I. Konstellationen für Divergenzen zwischen den Erbnachweisen	215
1. Divergenz zwischen Europäischem Nachlasszeugnis und mitgliedstaatlichem Erbnachweis	216
a) Schutzmechanismen	216
aa) Gleichlauf der internationalen Zuständigkeit für die Ausstellung des Europäischen Nachlasszeugnisses und mitgliedstaatlicher Erbnachweise?	216
(1) Grammatikalische Auslegung	219
(a) „Erbsachen für den gesamten Nachlass“.	219
(b) „Entscheidung“.	220
(c) Zwischenergebnis	222
(2) Systematische Auslegung	222
(a) Art. 4 EuErbVO als Grundsatznorm im Zuständigkeitssystem der EuErbVO	222
(b) Art. 13 EuErbVO	223

(c) Art. 14 EuErbVO	224
(d) Art. 62 Abs. 3 S. 1 EuErbVO	224
(e) Art. 64 EuErbVO	224
(f) Zwischenergebnis	225
(3) Historische und genetische Auslegung.	225
(a) Bedeutung der Zuständigkeitsvorschriften im Gesetzgebungsprozess	225
(b) Stellungnahmen aus Deutschland	226
(c) Zwischenergebnis	227
(4) Teleologische Auslegung.	228
(a) Funktionelle Betrachtung der internationalen Zuständigkeitsvorschriften und des Kollisions- rechts	228
(b) Praktikabilitätsabwägungen	230
(c) Subsidiaritätsgrundsatz.	231
(d) Optionaler Charakter des Europäischen Nachlasszeugnisses.	232
(e) Effektivität der Erbnachweise	232
(f) Zwischenergebnis	233
(5) Ergebnis und Schlussfolgerung.	234
bb) Kommunikation zwischen den mitgliedstaatlichen Behörden.	235
cc) Litispendenz	235
b) Verbleibende Ursachen für Divergenzen.	237
c) Typisierung von Divergenzen	237
aa) Interne Divergenzen	238
bb) Grenzüberschreitende Divergenzen	238
cc) Echte und unechte Divergenzen	238
2. Divergierende Europäische Nachlasszeugnisse	239
a) Schutzmechanismen	239
b) Verbleibende Ursachen für Divergenzen.	240
3. Divergierende mitgliedstaatliche Erbnachweise	241
4. Divergenz zwischen Europäischem Nachlasszeugnis und drittstaatlichem Erbnachweis	241
5. Divergenz zwischen mitgliedstaatlichem Erbnachweis und drittstaatlichem Erbnachweis	242
II. Einfluss von Divergenzen auf die Wirkungen der Erbnachweise	242
1. Divergenz zwischen Europäischem Nachlasszeugnis und mitgliedstaatlichem Erbnachweis	243
a) Allgemeine Vorüberlegungen	243

b) Einfluss auf die Vermutungswirkung.	245
c) Einfluss auf die Gutgläubenswirkung	246
d) Einfluss auf die Legitimationswirkung.	251
2. Divergierende Europäische Nachlasszeugnisse	251
a) Einfluss auf die Vermutungswirkung.	251
b) Einfluss auf die Gutgläubenswirkung	252
c) Einfluss auf die Legitimationswirkung.	253
3. Divergierende mitgliedstaatliche Erbnachweise	253
4. Divergenz zwischen Europäischem Nachlasszeugnis und drittstaatlichem Erbnachweis	255
5. Divergenz zwischen mitgliedstaatlichem Erbnachweis und d rittstaatlichem Erbnachweis	256
III. Reaktionsmöglichkeiten der Ausstellungsbehörden auf divergierende Erbnachweise.	257
IV. Wirkungsentfaltung nach Aufhebung des als unrichtig festgestellten divergierenden Erbnachweises	260
V. Einfluss inhaltlicher Konvergenz auf die Wirkungen der Erbnachweise.	261
1. Inhaltliche Konvergenz von Europäischem Nachlasszeugnis und mitgliedstaatlichem Erbnachweis	262
a) Einfluss auf die Vermutungswirkung.	262
b) Einfluss auf die Gutgläubenswirkung	262
aa) Alternativität der Berufung auf die Gutgläubenswirkung	262
bb) Keine Kombination von Tatbestandselementen des europäischen und nationalen Gutgläubensschutzes	264
cc) Unterschiedliche Schutzwürdigkeit des Rechtsverkehrs – Wertungswiderspruch?.	265
c) Einfluss auf die Legitimationswirkung.	266
2. Inhaltlich konvergierende Europäische Nachlasszeugnisse. . . .	266
3. Inhaltlich konvergierende mitgliedstaatliche Erbnachweise . . .	267
4. Inhaltliche Konvergenz zwischen Europäischem Nachlasszeugnis und drittstaatlichem Erbnachweis.	267
5. Inhaltliche Konvergenz zwischen mitgliedstaatlichem Erbnachweis und drittstaatlichem Erbnachweis.	268
VI. Ergebnis	268
D. Wirkungsentziehung und Wirkungsaussetzung	269
I. Deutschland	269
1. Einziehung oder Kraftloserklärung des unrichtigen Erbscheins, § 2361 BGB	270

a) Unrichtigkeit des Erbscheins	270
aa) Materielle Unrichtigkeit	271
bb) Verfahrensfehler	272
(1) Verstoß gegen Zuständigkeitsvorschriften	273
(2) Verstoß gegen Amtsermittlungspflicht	276
b) Grundzüge des Einziehungsverfahrens.	276
aa) Zuständigkeit.	276
bb) Amtsermittlungsgrundsatz.	277
cc) Beteiligte am Verfahren und Anhörung	277
dd) Entscheidung.	278
c) Kraftloserklärung, § 353 Abs. 1 FamFG	278
2. Herausgabeklage des wirklichen Erben, § 2362 Abs. 1 BGB. . .	279
3. Einfluss von Einziehung, Kraftloserklärung und Herausgabeklage auf die Wirkungen des Erbscheins	280
II. Österreich.	281
1. Erbschaftsklage	282
a) Rechtsnatur	282
b) Zuständigkeit	283
c) Parteien	283
d) Beweislast	283
e) Entscheidung	284
2. Einfluss auf die Wirkungen des Einantwortungsbeschlusses . . .	284
III. Europäische Union	285
1. Beglaubigte Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses als Rechtsscheinsträger und im Kontext des europäischen Wirkungsentziehungs- und Wirkungsaussetzungssystems	285
2. Gültigkeitsfrist als vorbeugende Schutzmaßnahme	287
a) Allgemeines	287
b) Endgültiger Wirkungsverlust der beglaubigten Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses nach Fristablauf?	290
c) Zwischenergebnis	292
3. Änderung und Widerruf des Europäischen Nachlasszeugnisses . .	293
a) Abgrenzung der Anwendungsbereiche von Änderung und Widerruf	293
b) Zuständigkeit	294
c) Begriff der inhaltlichen Unrichtigkeit	295
aa) Materielle Unrichtigkeit	295
bb) Verfahrensfehler	295
(1) Grammatikalische Auslegung	295
(2) Systematische Auslegung	296

(3) Historische und genetische Auslegung.	297
(4) Teleologische Auslegung.	297
(5) Ergebnis	298
d) Maßgebliche Perspektive für die Beurteilung der inhaltlichen Unrichtigkeit	299
e) Verfahren zur Feststellung der inhaltlichen Unrichtigkeit . . .	299
f) Verfahrensrechtliche Folgen	301
g) Einfluss auf die Wirkungen gültiger beglaubigter Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses	302
aa) Grammatikalische Auslegung	303
bb) Systematische Auslegung	303
cc) Historische und genetische Auslegung	304
dd) Teleologische Auslegung	304
ee) Ergebnis	306
h) Rechtsbehelf	307
4. Aussetzung der Wirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses	307
a) Zuständigkeit	308
b) Antragsbefugnis	308
c) Pflichtgemäßes Ermessen der Ausstellungsbehörde und des Rechtsmittelgerichts	309
d) Verfahrensrechtliche Folgen	309
e) Einfluss auf die Wirkungen gültiger beglaubigter Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses	310
f) Rechtsbehelf	312
5. Reformbedarf? – Erforderlichkeit eines europäischen Einziehungsverfahrens	312
a) Rückgabepflicht und Einziehung – Existenz immanenter Regelungen in der EuErbVO?	312
aa) Grammatikalische Auslegung	313
bb) Systematische Auslegung	315
cc) Historische und genetische Auslegung	315
dd) Teleologische Auslegung	315
ee) Ergebnis	318
b) Revision der EuErbVO – Grundstrukturen eines europäischen Einziehungsverfahrens	318
aa) Allgemeines	318
bb) Durchsetzung der Rückgabe beglaubigter Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses.	319

cc) Einfluss auf die Wirkungen gültiger beglaubigter Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses	320
dd) Keine Notwendigkeit für eine Kraftloserklärung beglaubigter Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses	321
ee) Einführung eines materiellrechtlichen Herausgabeanspruchs des wirklichen Erben gegen Inhaber beglaubigter Abschriften des Europäischen Nachlasszeugnisses?	322
ff) Regelungsvorschlag	324
IV. Rechtsvergleichende Würdigung	324
E. Fazit	327

Viertes Kapitel: Ausgewählte Rechtsprobleme

der Erbnachweisverfahren	330
------------------------------------	-----

<i>A. Internationale Zuständigkeit der Ausstellungsbehörden für die Ausstellung der Erbnachweise</i>	<i>330</i>
--	------------

<i>B. Einleitung der Erbnachweisverfahren.</i>	<i>331</i>
--	------------

I. Deutschland	332
--------------------------	-----

1. Antrag	332
---------------------	-----

2. Antragsberechtigte.	332
--------------------------------	-----

a) Universalsukzessoren des Erblassers – Alleinerbe, Miterben, Vor- und Nacherbe, Ersatzerbe	333
--	-----

b) Erbeseerbe, Erbe des Nacherben, Erbschaftserwerber	333
---	-----

c) Testamentsvollstrecker und Nachlassverwalter	334
---	-----

d) Nachlassgläubiger mit vollstreckbarem Titel gemäß §§ 792, 896 ZPO	334
--	-----

3. Dem Nachlass nahestehende Personen ohne Antragsrecht	335
---	-----

4. Angaben für den Antrag	336
-------------------------------------	-----

II. Österreich.	337
-------------------------	-----

1. Vorverfahren.	337
--------------------------	-----

a) Todesfallaufnahme	338
--------------------------------	-----

b) Befugnisse des Gerichtskommissärs	339
--	-----

c) Sicherungsmaßnahmen	339
----------------------------------	-----

2. Parteien des Verlassenschaftsverfahrens	339
--	-----

III. Europäische Union	340
----------------------------------	-----

1. Antrag	341
---------------------	-----

2. Antragsberechtigte.	341
--------------------------------	-----

a) Universalsukzessoren des Erblassers – Alleinerbe, Miterben, Vor- und Nacherbe, Ersatzerbe	342
b) Erbessen, Erbe des Nacherben, Erbschaftserwerber	345
c) Vermächtnisnehmer	346
d) Testamentsvollstrecker und Nachlassverwalter	346
e) Nachlassgläubiger	348
f) Pflichtteilsberechtigte.	348
3. Angaben für den Antrag	349
IV. Rechtsvergleichende Würdigung.	351
<i>C. Arten und Inhalt der Erbnachweise</i>	355
I. Deutschland	355
1. Alleinerbschein, § 2353 1. Var. BGB	355
2. Gemeinschaftlicher Erbschein, § 352a FamFG	356
3. Teilerbschein, § 2353 2. Var. BGB	358
4. Gemeinschaftlicher Teilerbschein, § 2353 2. Var. BGB, § 352a FamFG.	359
5. Sammelerbschein	359
6. Gegenständlich beschränkter Erbschein, § 352c FamFG	359
II. Österreich.	361
1. Singuläre Art des Einantwortungsbeschlusses	362
2. Inhalt des Einantwortungsbeschlusses	363
III. Europäische Union	364
1. Das Europäische Nachlasszeugnis als einziger Gesamtkorpus	364
2. Restriktive Handhabung informatorischer Aufnahmen in das Europäische Nachlasszeugnis	367
3. Bedürfnis nach weiteren Arten des Europäischen Nachlasszeugnisses?.	369
IV. Rechtsvergleichende Würdigung.	370
<i>D. Das Verhältnis der Erbnachweisverfahren zum streitigen Verfahren um das Erbrecht</i>	372
I. Deutschland	373
1. Erbscheinsverfahren und Erbenfeststellungsklage im Vergleich	374
2. Bindungswirkung des zivilgerichtlichen Urteils und ihre Grenzen	376
a) Umfang der Bindungswirkung	377
b) Grenzen der Bindungswirkung.	378
c) Differenzierung der Bindungswirkung bei anderen Urteilsarten?	379
aa) Anerkenntnisurteil	379

bb) Versäumnisurteil gegen den Beklagten	381
cc) Verzichtsurteil	381
dd) Ergebnis	381
3. Aussetzung des Erbscheinsverfahrens.	381
4. Ergebnis	382
II. Europäische Union	383
1. Europäisches Nachlasszeugnisverfahren als nichtstreitiges Verfahren	384
2. Einfluss zivilgerichtlicher Urteile und anderer ausländischer Entscheidungen auf das Europäische Nachlasszeugnisverfahren	385
3. Das Verhältnis von Erbscheinsverfahren und Europäischem Nachlasszeugnisverfahren.	387
4. Zwischenergebnis	388
III. Rechtsvergleichende Würdigung.	389
<i>E. Fazit</i>	391

Fünftes Kapitel: Die Durchsetzung des Europäischen Nachlasszeugnisses und mitgliedstaatlicher Erbnachweise im Lichte der EuErbVO sowie in Erbfällen

mit Bezug zu Drittstaaten	394
<i>A. Durchsetzungsmacht des Europäischen Nachlasszeugnisses</i>	395
I. Uneingeschränkte Wirkungserstreckung	395
1. Kein Anerkennungsverfahren	395
2. Keine <i>ordre public</i> -Kontrolle	396
II. Ergebnis	398
<i>B. Freizügigkeit mitgliedstaatlicher Erbnachweise unter der EuErbVO.</i>	399
I. Anwendbarkeit von Art. 39 ff. EuErbVO und Art. 59 EuErbVO auf mitgliedstaatliche Erbnachweise?	400
1. Sperrwirkung des Europäischen Nachlasszeugnisses?	401
2. Ungleichbehandlung in der grenzüberschreitenden Verkehrsfähigkeit mitgliedstaatlicher Erbnachweise?.	403
3. Beschwichtigung und Zwischenergebnis	404
II. Subsumtion mitgliedstaatlicher Erbnachweise unter Art. 39 ff. EuErbVO und/oder Art. 59 EuErbVO?	405
III. Wirkungen der Anerkennung mitgliedstaatlicher Erbnachweise.	408
1. Reichweite der verfahrensrechtlichen Anerkennung im Hinblick auf die Wirkungen der mitgliedstaatlichen Erbnachweise	408

2. Zwischenergebnis	411
IV. Wirkungen der Annahme mitgliedstaatlicher Erbnachweise	412
1. Wirkungserstreckung der formellen Beweiskraft	412
2. Wirkungserstreckung der materiellrechtlichen Wirkungen?	413
3. Zwischenergebnis	417
V. Faktische Anerkennung von mitgliedstaatlichen Erbnachweisen	417
VI. Relevanz der Erbnachweise im weiteren Sinne im Lichte der EuErbVO	418
1. Erbvertrag	418
2. Post- und transmortale Vollmachten	418
VII. Ergebnis	419
<i>C. Das Europäische Nachlasszeugnis in Erbfällen mit Bezug zu Drittstaaten</i>	421
I. Das Europäische Nachlasszeugnis als „Weltnachlasszeugnis“.	421
II. Versagung der Ausstellung des Europäischen Nachlasszeugnisses aufgrund der Anwendung vorrangiger staatsvertraglicher Kollisionsnormen?	423
1. Grammatikalische Auslegung	423
2. Systematische Auslegung	424
3. Historische und genetische Auslegung	424
4. Teleologische Auslegung	424
5. Ergebnis	426
III. Verwendung eines Europäischen Nachlasszeugnisses in Drittstaaten – Wirkungserstreckung der Gutgläubenswirkung?	427
1. Grammatikalische Auslegung	428
2. Systematische Auslegung	429
3. Historische und genetische Auslegung	429
4. Teleologische Auslegung	430
5. Ergebnis	431
IV. Anerkennung eines Europäischen Nachlasszeugnisses durch Drittstaaten	432
1. Schweiz	433
a) Anerkennung eines Europäischen Nachlasszeugnisses gemäß Art. 96 IPRG	434
aa) Tatbestand des Art. 96 IPRG	434
bb) Rechtliche Wirkungen der Anerkennung gemäß Art. 96 IPRG	436
b) Ergebnis	438
2. England und Wales	438

a) Einführung	439
b) Ausschluss der Anerkennung eines Europäischen Nachlasszeugnisses durch das englische Kollisionsrecht . . .	440
c) Ergebnis	442
3. Kalifornien	443
a) Einführung	443
b) Ausschluss der Anerkennung eines Europäischen Nachlass- zeugnisses durch das US-amerikanische Kollisionsrecht . . .	444
c) Ergebnis	446
V. Substitution des Europäischen Nachlasszeugnisses im Rahmen mitgliedstaatlicher Regelungen.	446
1. Substitution des Europäischen Nachlasszeugnisses durch mitgliedstaatliche Erbnachweise?	446
2. Substitution des Europäischen Nachlasszeugnisses durch drittstaatliche Erbnachweise?	448
VI. Ergebnis	448
D. Fazit	449

Sechstes Kapitel: Das Europäische Nachlasszeugnis im europäischen und internationalen Gefüge 451

<i>A. Tendenzen zur Einführung unionaler Rechtsinstrumente im europäischen grenzüberschreitenden Rechtsverkehr – Das Europäische Nachlasszeugnis im System des europäischen Zivilprozessrechts</i>	<i>452</i>
I. Synoptische Betrachtung ausgewählter unionaler Rechtsinstrumente	453
1. Europäischer Vollstreckungstitel	453
2. Europäischer Zahlungsbefehl	453
3. Urteil im europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen	454
4. Europäischer Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung	454
II. Konzepte der unionalen Rechtsinstrumente	455
1. Regelungsintensität	455
2. Grenzüberschreitende Dimension	456
3. Kollisionsrecht	456
4. Verfahrensrecht	457
5. Anerkennung <i>ipso iure</i>	458
6. Vollstreckung ohne Vollstreckbarerklärung	459
7. Nationale Rechtsinstrumente mit äquivalentem Regelungszweck	459
III. Ergebnis	460

<i>B. Das Europäische Nachlasszeugnis im kollisionsrechtlichen Kontext . .</i>	461
I. Der Einfluss der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie des Erblassers auf das Europäische Nachlasszeugnis	462
II. Internationalprivatrechtlicher Methodenvergleich – Anerkennungsprinzip vs. Verweisungsprinzip	463
1. Einführung.	463
2. Anerkennungsprinzip	464
a) Allgemeines	464
b) Verwirklichung der Ziele des Anerkennungsprinzips bei der Anerkennung mitgliedstaatlicher Erbnachweise und des Europäischen Nachlasszeugnisses	465
3. Verweisungsprinzip im Kontext mitgliedstaatlicher Erbnachweise und des Europäischen Nachlasszeugnisses	467
4. Ergebnis	468
III. Kollisionsrechtliche Disharmonien im Europäischen Nachlasszeugnis	469
1. Vorfragen	470
2. Vorrang mitgliedstaatlicher Übereinkommen	471
a) Deutschland	472
aa) Deutsch-iranisches Niederlassungsabkommen vom 17.2.1929.	472
bb) Deutsch-türkischer Konsularvertrag vom 28.5.1929 – Nachlassabkommen	472
cc) Deutsch-sowjetischer Konsularvertrag vom 25.4.1958 . .	472
b) Österreich.	473
aa) Freundschafts- und Niederlassungsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Kaiserreich Iran vom 9.9.1959	473
bb) Freundschaftsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik vom 28.1.1924	473
c) Zwischenergebnis	473
3. Anpassung dinglicher Rechte	473
4. <i>Ordre public</i>	474
5. Ergebnis	475
IV. Praktische Relevanz des unvollständigen europäischen Entscheidungseinklangs – Pflicht zur kollisionsrechtlichen Überprüfung des Europäischen Nachlasszeugnisses durch den Verwendungsstaat?	475
1. Grundproblematik	475
2. Auslegung	477

a) Grammatikalische Auslegung	477
b) Systematische Auslegung	478
c) Historische und genetische Auslegung	480
d) Teleologische Auslegung	481
e) Zwischenergebnis	484
3. Ergebnis	485
V. Umgang mit dem unvollständigen europäischen Entscheidungs- einklang und Perspektiven des europäischen Kollisionsrechts. . . .	486
<i>C. Das Europäische Nachlasszeugnis und das europäische und deutsche Güterrecht</i>	490
I. Verbundzuständigkeit gemäß Art. 4 EuGüVO und Europäisches Nachlasszeugnisverfahren	490
II. Güterrechtliche Implikationen im Europäischen Nachlasszeugnis. .	492
1. Die Ausweisung von Erbquoten in Erbnachweisen und ihre praktische Bedeutung in der Nachlassabwicklung	492
2. Die Ausweisung des Viertels gemäß § 1371 Abs. 1 BGB im Europäischen Nachlasszeugnis – die Mahnkopf-Entscheidung des EuGH vom 1.3.2018 – C-558/16	493
a) Grammatikalische Auslegung	494
b) Historische und genetische Auslegung	495
c) Systematische Auslegung	496
d) Teleologische Auslegung	497
e) Ergebnis	499
3. Der Einfluss der erbrechtlichen Qualifikation des § 1371 Abs. 1 BGB auf die Wirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses	500
4. Die Ausweisung des Viertels gemäß § 1371 Abs. 1 BGB im Erbschein.	500
5. Folgeprobleme.	501
a) Die potentielle Ausstrahlungswirkung der Mahnkopf- Entscheidung des EuGH vom 1.3.2018 – C-558/16 auf die güterrechtlichen Systeme anderer Mitgliedstaaten.	501
b) Der Wandel der Anpassungsprobleme nach der Mahnkopf- Entscheidung des EuGH vom 1.3.2018 – C-558/16	503
<i>D. Vorbildfunktion des Europäischen Nachlasszeugnisses? – Überlegungen zur Einführung einer Europäischen Personenstands- urkunde</i>	506
I. Freizügigkeit von Personenstandsurkunden in der Europäischen Union	507

II.	Wirkungen der Europäischen Personenstandsurkunde	509
III.	Internationalprivatrechtliche Methoden zur unionsweiten Verkehrsfähigkeit des Inhalts einer Europäischen Personenstands- urkunde	512
1.	Sachrechtliche Lösung	512
2.	Anerkennungsprinzip	513
a)	Problemkreise	513
aa)	Missbrauch und Gesetzesumgehungen	514
bb)	Aufgedrängte Anerkennungslagen.	515
cc)	Anerkennung inhaltlich falscher Rechtslagen	515
dd)	<i>Ordre public</i> -Kontrolle	516
b)	Vorteile der Anerkennungslösung	516
3.	Verweisungsprinzip und Kollisionsrechtsvereinheitlichung (kollisionsrechtliche Lösung)	517
4.	Ergebnis	518
IV.	Verfahrensrechtliche Aspekte einer Europäischen Personenstands- urkunde	519
1.	Zuständigkeit für die Ausstellung einer Europäischen Personenstandsurkunde	519
2.	Antragsberechtigte Personen	519
3.	Änderungen der maßgeblichen Tatsachen für den Inhalt einer Europäischen Personenstandsurkunde	520
4.	Uneingeschränkte Wirkungserstreckung	520
5.	Verhältnis der Europäischen Personenstandsurkunde zu nationalen Personenstandsurkunden.	521
6.	Das Zusammenspiel von Europäischer Personenstandsurkunde und Europäischem Nachlasszeugnis	521
<i>E. Das Europäische Nachlasszeugnis im Verhältnis zum supranationalen Erbnachweis des Haager Übereinkommens vom 2. Oktober 1973 über die internationale Verwaltung von Nachlässen</i>		
I.	Synoptischer Vergleich der Wirkungskonzeption	523
1.	Vereinheitlichung der Kollisionsnormen	523
2.	Wirkungen.	524
3.	Wirkungsentziehung und Wirkungsaussetzung	525
4.	Anerkennungsverweigerungsgründe	526
5.	Die Behandlung der Kollision zwischen Haager Nachlasszeugnis und Europäischem Nachlasszeugnis	529
II.	Das Haager Nachlasszeugnis im Anerkennungs- und Annahmeregime der EuErbVO.	529

III. Strukturmerkmale eines internationalen Erbnachweises	530
IV. Ergebnis	531
<i>F. Fazit</i>	532
 Siebtes Kapitel: Schlussbetrachtung	535
<i>A. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse</i>	535
I. Vielfältigkeit der Erbnachweise in der Europäischen Union.	535
II. Das allgemeine Verhältnis zwischen Europäischem Nachlasszeugnis und nationalen Erbnachweisen	536
III. Die materiellrechtlichen Wirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses.	537
IV. Das Zusammenspiel der Erbnachweise im wirkungsrechtlichen Kontext	541
V. Widerruf und Änderung des Europäischen Nachlasszeugnisses sowie Aussetzung der Wirkungen	544
VI. Ausgewählte Rechtsprobleme des Europäischen Nachlass- zeugnisverfahrens	546
VII. Grenzüberschreitende Verkehrsfähigkeit von Europäischem Nachlasszeugnis und mitgliedstaatlichen Erbnachweisen	548
VIII. Das Europäische Nachlasszeugnis in Erbfällen mit Bezug zu Drittstaaten	550
IX. Das Europäische Nachlasszeugnis im europäischen und internationalen Gefüge	552
X. Praktische Empfehlung für den deutschen Rechtsanwender – Die Attraktivität von Europäischem Nachlasszeugnis und Erbschein in der Nachlassabwicklung	557
<i>B. Ausblick</i>	561
 Literaturverzeichnis	565
Sachregister	581